



© Gestaltung: Tagesspiegel | getty images, freepik  
*Tagesspiegel Plus*

## ***Raus aus der Schockstarre: Ein möglicher Weg zum Frieden in der Ukraine***

Der Westen muss sich schon jetzt Gedanken über einen Friedensprozess machen. Wie dieser aussehen könnte und von welchen Beispielen der Westen lernen kann.

Ein Gastbeitrag von **Wolfgang Ischinger**  
12.03.2023, 16:00 Uhr

Mehr als 380 Tage tobt der russische Angriffskrieg und es ist höchste Zeit, dass wir einen Friedensprozess für die Ukraine in Gang setzen. Der Westen – die Bundesregierung einschließlich – gibt sich [gegenüber den Wagenknechts, Schwarzers](#) und Prechts eine völlig überflüssige Blöße, wenn auf die verständliche Frage nach einer Friedensinitiative immer wieder die stereotype Antwort kommt, die Voraussetzungen für Verhandlungen seien bis auf Weiteres nicht gegeben.



**Wolfgang Ischinger** war Staatssekretär im Auswärtigen Amt sowie deutscher Botschafter in Washington, DC und London. Von 2008 bis 2022 leitete er die Münchner Sicherheitskonferenz.

Also nur Krieg und Waffenlieferungen – wo soll das enden? Die Frage ist unangenehm, aber natürlich nicht ganz unberechtigt. Und sie bedarf mehr als einer wegwerfenden Handbewegung als Antwort.

[Die Tagesspiegel-App Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.](#)

Natürlich kann es nicht darum gehen, der Ukraine Verhandlungsbereitschaft jetzt und heute abzuverlangen. Das wäre gleichbedeutend mit der Aufforderung an Kiew, Russland die Krim und das Donbass-Gebiet zu überlassen. Dies käme einer Teilkapitulation vor dem Aggressor gleich, mit all den oft beschriebenen katastrophalen Folgen für Sicherheit und Stabilität in Europa. Und natürlich gilt, dass die Ukraine und nur sie schlussendlich zu entscheiden hat, ob, wann und worüber sie verhandeln will.

Externer Inhalt

Datenschutz-Einstellungen [Datenschutzerklärung](#)

Aber das darf nicht heißen, dass wir in politisch-strategischer Schockstarre verharren. Außer Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützungsleistungen müssen wir dem anwachsenden kritischen Fragenchor in den USA genauso wie bei uns in Deutschland Perspektiven anbieten. Diese ließen sich entlang folgender Leitlinien entwickeln:

## **1. Was der Westen jetzt tun sollte**

Eine politisch-strategische Kontaktgruppe sollte unverzüglich neben die militärische Ramstein-Kontaktgruppe treten. Sie sollte mit dem Mandat ausgestattet sein, alle denkbaren Elemente möglicher künftiger Verhandlungskonzepte zu prüfen, Optionen für Verhandlungsstrategien zu entwickeln, Textentwürfe zu erarbeiten und mit der Ukraine abzugleichen.

Mit anderen Worten: Wir sollten einen Prozess zur Erarbeitung einer Friedenslösung für die Ukraine initiieren. Und zwar jetzt. Außerdem könnte eine derartige Kontaktgruppe zu gegebener Zeit den Nukleus oder zumindest den Teil einer Vermittlungsgruppe bilden – wenn und soweit es zu tatsächlichen Verhandlungen kommen sollte.

## **2. Warum ein solcher Prozess schon jetzt Sinn ergibt**

Zwei Beispiele aus der jüngeren Geschichte der europäischen Krisendiplomatie bieten Antworten.

**Anfang April 1999:** Seit einer Woche bombardierte die Nato Serbien beziehungsweise serbische militärische Stellungen im Kosovo. Joschka Fischer, der seit einem knappen halben Jahr Außenminister war, bekam heftigen Gegenwind aus der eigenen Partei. Deutschland beteiligt sich mit Kampfflugzeugen an einer militärischen Intervention – noch dazu ohne korrekte Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat: Wohin soll das führen? Die Grünen waren außer sich.

In dieser Lage rief Fischer die zuständigen Fachleute im Auswärtigen Amt zusammen und forderte von ihnen: Macht mir einen Friedensplan! Dem Sinn nach lautete Fischers Vorgabe: Ich muss zeigen können, dass diese Intervention ein humanitäres Ziel hat und mit einer Resolution der UN und des Sicherheitsrats Frieden im Kosovo schaffen wird.

Im Auswärtigen Amt wurde daraufhin drei Tage und Nächte gebastelt, dann war das Papier fertig: Fischers 6-Punkte-Friedensplan. Drei Monate später, am 10. Juli 1999, beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die berühmte Resolution 1244. Der Krieg war beendet. Und Fischer war immer noch Außenminister. Die Grünen konnten aufatmen.



Wolfgang Ischinger, ehemaliger Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz © dpa/Uncredited

**Vier Jahre zuvor, im Herbst 1995,** wurde in Dayton, Ohio das Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina ausgehandelt, mit dem ein außerordentlich blutiger Krieg mitten in Europa beendet werden konnte. Die Verhandlungen wurden mit den sogenannten Proximity Talks vorbereitet. In ihrem Zentrum stand die Kontaktgruppe, die aus den USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland bestand und die UN, die Nato, die EU und andere Partner mit einbezog.

Während wir, die europäischen Delegationen, mit wenig mehr als guten Absichten in Dayton aufkreuzten, kam die US-Delegation schwer beladen an: In Washington hatte man größere Teams über lange Wochen Textentwürfe für alle Eventualitäten vorbereiten lassen – von einer Verfassung für Bosnien-Herzegowina über detaillierte

Rüstungskontrollvereinbarungen nebst Überwachungsmodalitäten bis hin zur Gerichtsbarkeit, zur Währung und zur Einrichtung einer Nato-Schutztruppe. Alles von Juristen durchgeprüft.

Natürlich wurden diese Texte im Laufe der Verhandlungen vielfach adaptiert und ergänzt – aber ohne diese detaillierten und juristisch abgesicherten Vorarbeiten hätte das Abkommen, ein umfangreiches Vertragswerk, niemals in wenigen Wochen erfolgreich durchverhandelt werden können.

### **3. Wie eine politische Ukraine-Kontaktgruppe zusammengesetzt sein könnte**

Mein Vorschlag wäre, sich dabei an das bewährte Modell der Zwiebel zu halten: Die klassische Vierergruppe, die sogenannte transatlantische Quad aus den **USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland**, könnte einen inneren, engsten Kern bilden. In diesem Rahmen stimmt man sich bereits seit geraumer Zeit intensiv zum Thema Ukraine ab – auf der Ebene der nationalen Sicherheitsberater.

Um diesen inneren Kern sollte sich – ähnlich der Ramstein-Gruppe der Verteidigungsminister – ein größerer Kreis von europäischen und transatlantischen Partnern gruppieren, darunter **Kanada, Spanien, Polen, Italien, die Baltischen Staaten sowie die UN, EU, OSZE und Nato**. Einzelne Gespräche können durch hohe Beamte oder Botschafter wahrgenommen werden. Jedoch sollte die Kontaktgruppe ausdrücklich immer wieder auf der Ebene der Außenminister zusammentreten, parallel zur Ramstein-Gruppe.

Wichtige Staaten des Globalen Südens wie **Brasilien, Indien, ja, sogar China** sollten eingeladen werden, im Rahmen eines weiteren, äußeren Kreises mitzuwirken. Das politische Ziel wäre, angesichts der russischen Veto-Blockade im UN-Sicherheitsrat eine gewisse Ersatz-Legitimität durch eine möglichst breite internationale Beteiligung zu bewirken.

### **4. Welche Themen vorbereitet werden sollten**

Zunächst sollte es um **Modalitäten eines möglichen Waffenstillstands** gehen. Folgende Fragen wären zu beantworten:

- Welche Textentwürfe braucht es?
- Wie und durch wen wird der Friedensprozess überwacht? Durch die OSZE, die UN? Gibt es Optionen internationaler Peacekeeping-Operationen?
- Könnten Staaten des Globalen Südens wie Indien, Indonesien oder auch – weiter denkend – China für die Teilnahme an einer UN-Friedensoperation interessiert werden? Was wären die Voraussetzungen dafür?
- Sollte eine Waffenstillstandsvereinbarung durch den UN-Sicherheitsrat bestätigt werden? Oder besser nicht?
- Wird es eine militärische Entflechtungszone, also eine Pufferzone geben? Braucht es Flugverbotszonen, Rüstungskontrollmaßnahmen?

Größere Teams müssten über mehrere Wochen hinweg in Detailarbeit diese Fragen und sämtliche denkbaren Optionen abklopfen: auf Machbarkeit und Praktikabilität, aber auch auf mögliche internationale Akzeptanz.

Zudem müssten die zentralen Aspekte einer **möglichen längerfristigen Friedenslösung** skizziert werden. Falls es der Ukraine nicht gelingen sollte, die Krim militärisch zu befreien, welche verschiedenen Szenarien böten sich für die Behandlung des Gebiets? Mit welchen Konsequenzen? Hätten mehrere Staaten die Kontrolle über das Gebiet? Sollten die Bewohner der Krim in einem Referendum über ihre Zugehörigkeit entscheiden? Sollte man die Frage der Krim erst einmal ausklammern? Ähnliche Fragen könnten sich je nach Entwicklung der militärischen Lage für die Gebiete im Donbass oder Teile davon stellen.

Ein weiterer Fokus muss auf den **Sicherheitsgarantien** liegen. Bleibt die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine auf der Tagesordnung? Oder wird der ukrainische Verzicht, den der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Frühjahr 2022 andeutete, doch wieder zum Verhandlungsgegenstand? Wie könnten für einen solchen Fall alternative Sicherheitsgarantien der USA und anderer Nato-Partner möglichst glaubwürdig ausgestaltet werden?

## Instrumente kollektiver Sicherheit

- Die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)** ist mit ihren 57 Teilnehmerstaaten in Nordamerika, Europa und Asien die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation. Sie dient als Plattform für politische Verhandlungen und Entscheidungen in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge.
- Die OSZE ging aus dem **Helsinki-Prozess** hervor. Am 1. August 1975 unterzeichneten die Vertreter von 35 Staaten des West- und Ostblocks die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in der finnischen Hauptstadt.
- Am 19. November 1990 erklärte die KSZE-Staaten in der **Charta von Paris** das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung des Kontinents für beendet und versprachen, ein neues Europa der Demokratie, des Friedens und der Einheit aufzubauen.
- Das **Wiener Dokument** ist ein zentrales Instrument zur militärischen Vertrauensbildung zwischen den OSZE-Mitgliedsstaaten. Im ihm verpflichten diese sich, einmal pro Jahr ausführliche Informationen über ihre Streitkräfte und Hauptwaffensysteme auszutauschen.
- Der **Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies)** wurde am 24. März 1992 von 27 Staaten der Nato und des ehemaligen Warschauer Pakts unterzeichnet. Er gibt jedem Vertragsstaat das Recht, jährlich eine bestimmte Anzahl vereinbarter Beobachtungsflüge über dem Staatsgebiet anderer Vertragsstaaten durchzuführen. Die USA verließen den Vertrag 2020, Russland 2021.

Die **Fragen des Wiederaufbaus, der Reparationen, der internationalen Gerichtsbarkeit und der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen** wären ebenso zu erarbeiten wie grundsätzliche Überlegungen zur **Neugestaltung einer verlässlicheren und dauerhaften europäischen Sicherheitsordnung**:

- Kann es einen Wiederbeginn von nuklearen und konventionellen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen geben?
- Wie steht es um vertrauensbildende Maßnahmen wie das Wiener Dokument oder den Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies)?
- Welche Rolle sollte oder könnte die OSZE künftig spielen?
- Ist eine Neuauflage der Charta von Paris vorstellbar?
- Ist Neutralität als politisches Konzept in Europa endgültig überholt? Was könnten Schlussfolgerungen für Länder wie die Schweiz und Österreich sein, die – auch nachdem Schweden seine jahrhundertealte Neutralität an den Nagel gehängt hat – daran festhalten?

## Mehr auf Tagesspiegel.de

[Vize-Ministerpräsidentin der Ukraine warnt Russische Infanterie „scheinbar unerschöpflich“](#) [Schwere Kämpfe im Donbass](#) [Wie Russlands Offensive läuft – und was noch von ihr zu erwarten ist](#), [Insa“-Umfrage Linke fällt nach Wagenknecht-Abschied unter Fünf-Prozent-Marke](#)

Aus solchen Überlegungen könnte sich eine Art Neuauflage des Helsinki-Prozesses ergeben. „Den Geist von Helsinki wiederzubeleben“ forderte der finnische Präsident Sauli Niinistö 2021 – also vor Beginn des russischen Offensivkriegs –, wenn wir in zwei Jahren das 50jährige Jubiläum der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte begehen.

Feststeht: Wir brauchen eine Initiative zur Ausarbeitung aller denkbaren Optionen eines Friedensprozesses. Und zwar jetzt. Packen wir all diese Themen entschlossen an, um vorbereitet zu sein! Und nehmen wir bitte damit den Schwarzers, Wagenknechts und Prechts den Wind endgültig aus den Segeln.

[Zur Startseite](#)

- [Nato](#)
- [Ukraine](#)
- [USA](#)

- 72 KOMMENTARE
- [per E-Mail teilen](#)
- [auf Facebook teilen](#)
- [auf Twitter teilen](#)
- [per WhatsApp teilen](#)
- [auf Pocket teilen](#)

- [Impressum](#)
- [Kontakt](#)
- [Datenschutzerklärung](#)
- [Datenschutz-Einstellungen](#)
- [Abo kündigen](#)
- [Mediadaten](#)